



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XII/96 - 26. April 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0866890

"Neutralität" Brentano ?	S. 1
Die Bedeutung des DGB-Aufrufs	S. 2
Die Krise des englischen Kommunismus	S. 4
Italiens Sozialisten weiter getrennt	S. 6
Adenauers Wiesbadener "Kultur-Rede"	S. 8

"Neutralität" Brentano ?

sp - Bundesausserminister Heinrich von Brentano hat nach seinem Donnerstag-Blitzbesuch in Bonn noch am gleichen Abend in Berlin vor der Ernst-Reuters-Gesellschaft eine Rede gehalten, die in einigen Teilen immerhin eine gewisse Beachtung verdient. Laut opa deutete Herr von Brentano an, dass über die Neutralität Deutschlands unter Umständen gesprochen werden könnte, wenn man damit ein so wichtiges Ziel wie die Wiedervereinigung erreiche. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass eine Neutralität die Freiheit und Sicherheit des deutschen Volkes nicht gefährde. Die Bundesregierung sei bereit, für die Wiedervereinigung bestimmte Konzessionen zu machen.

Es ist nun schon das zweite Mal, dass ein Mitglied des Kabinetts Adenauer ähnliche Ansichten äussert. In der denkwürdigen aussenpolitischen Debatte des Bundestages am 31. Januar dieses Jahres liess Verteidigungsminister Strauss durchblicken, auch er könne sich unter Umständen eine Neutralitätslösung für das Deutschlandproblem vorstellen. Kurz darauf wiederholte Strauss in einem Artikel der "Politisch-sozialen Korrespondenz" diesen Gedanken mit einem Hinweis auf das "Beispiel Österreich".

Eine militärische Neutralität des wiedervereinigten Deutschland ist doch wohl nur möglich, wenn Deutschland aus den Militärblöcken herausgehalten wird. Damit aber Deutschland nicht schutzlos bleibt, hat die Opposition vorgeschlagen, an Stelle der Militärblock-Politik ein System der kollektiven Sicherheit in Europa anzusteuern, an dem das wiedervereinigte Deutschland mit gleichen Pflichten und Rechten wie jeder andere europäische Staat teilnimmt. Das europäische Sicherheitssystem soll nach Auffassung der Opposition mit Zustimmung der USA und der Sowjetunion gebildet werden und im Rahmen der Vereinten Nationen als Regionalbündnis existieren.

Vorschläge dieser Art sind bisher von der Bundesregierung immer kategorisch abgelehnt worden. Stets haben der Bundeskanzler, sein Aussenminister und der Verteidigungsminister erklärt, nur im Rahmen der NATO - das heisst also im Rahmen der militärischen Blockpolitik - sei die Sicherheit des deutschen Volkes gewährleistet.

Wenn nunmehr der Aussenminister andere Töne anschlägt und sogar von "bestimmten Konzessionen" spricht, so ist es höchste Zeit, dass Bonn seine Gedanken präzisiert. Tut es dies nicht, dann müssen Äusserungen wie die des Herrn von Brentano in Berlin für leeres Gerede gehalten werden.

Politischer Beitrag zur Erhaltung des Friedens

sp - Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat mit seinen Forderungen zur Aktivierung der Politik der Wiedervereinigung die Machthaber in Pankow vor die nicht einfache Aufgabe gestellt, ihre eigenen Redensarten über die "imperialistischen Absichten westlicher Wiedervereiniger" der Sowjetzonenbevölkerung glaubhaft zu machen. Die DGB-Erklärung stellt fest, dass die Wiedervereinigung weder den Anschluss eines Teiles an den anderen, noch die Gleichschaltung des einen mit dem anderen Teile Deutschlands bedeute. Die Deutschen in der Bundesrepublik und in Mitteldeutschland müssten daher gemeinsam eine Verfassung schaffen, die das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben im wiedervereinigten Deutschland neu ordnet und ihm einen sozialen Inhalt gibt.

In 37 Grundsätzen wird dann bis in die letzte Einzelheit dargestellt, auf welche Weise das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben neu geordnet werden kann. Freie Wahlen stehen am Ausgangspunkt der Wiedervereinigung. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und der ungehinderte Zugang aller Menschen zu allen Kulturgütern ist nach den Forderungen des DGB der Unterbau des gesellschaftlichen Lebens.

Für die Diskussion in der Zone selbst aber dürfte von besonderer Bedeutung sein, dass der DGB die volle Koalitionsfreiheit, das Streikrecht, die Autonomie der Tarifpartner, freie und unabhängige Gewerkschaften und frei gewählte Betriebsräte fordert, die auch in wirtschaftlichen Fragen mitbestimmen. Dazu gehören ferner die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, die Beteiligung der Schaffenden und Versorgungsempfänger am Zuwachs des Sozialproduktes und die Kopplung der Renten mit der Lohnentwicklung.

Damit ist erläutert, dass in einem wiedervereinigten demokratischen Deutschland dem Arbeitnehmer entscheidender Einfluss auf das Wirtschafts- und Sozialleben gesichert werden soll.

Für die Einleitung einer aktiven Politik der Wiedervereinigung will der DGB ein Maximum von menschlichen Kontakten zwischen den Deutschen jenseits und diesseits der Zonengrenze herbeiführen.

Der DGB hat nicht die Absicht, seine Forderungen zur Wiedervereinigung dem FDGB der Sowjetzone zuzustellen. Das ist richtig. Trotzdem wird die Initiative des DGB in der Sowjetzone nicht unbeachtet bleiben. In den Industriegewerkschaften des deutschen Gewerkschaftsbundes sind über 6 Millionen Arbeitnehmer organisiert. Viele dieser 6 Millionen deutschen Arbeitnehmer haben persönliche Beziehungen zu Bekannten oder Verwandten in der Sowjetzone. Schon auf diesem Wege werden also die DGB-Forderungen an zahlreiche Menschen jenseits der Zonengrenze herankommen. Darüber hinaus ist der DGB eine der mächtigsten Organisationen im Internationalen Bund der freien Gewerkschaften. Die Tatsache, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund die Forderung zur Aktivierung der Wiedervereinigungspolitik an diesen 1. Mai herausgestellt hat, wird also auch auf der internationalen Ebene der Gewerkschaftsbewegung seine Auswirkungen haben.

Entscheidend aber ist die Ausstrahlung in Deutschland selbst. Der Bundespräsident, die Bundesregierung, der Bundesrat, alle Abgeordneten des Bundestages, die Länderregierungen, die Kirchen und zahlreiche andere Institutionen des öffentlichen Lebens werden den Wiedervereinigungs-Aufruf des DGB erhalten und aufgefordert werden, die Thesen in ihrer Arbeit und öffentlich zu vertreten.

Damit wird das Problem der deutschen Wiedervereinigung unmittelbar zu einer aktuellen politischen Aufgabe aller Schichten unseres Volkes gemacht. Diesseits und jenseits der Zonengrenze wird sich nur der völlig Gleichgültige der Lösung dieser Aufgabe entziehen können. Die westliche und die östliche Welt wird aufhorchen und zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Wiedervereinigung das politische Mittel ist, mit dem das deutsche Volk seinen Beitrag zum Abbau der Spannungen zwischen Ost und West und damit zur Erhaltung des Friedens leisten will.

Die Intelligenz geht

E.A., London

Vor dem Rathaus in Hammersmith, wo im Sitzungssaal der diesjährige Parteitag der Kommunisten zu Ostern abgehalten wurde, stand auf dem Bürgersteig in weisser Farbe geschrieben: "Befreit Harry - schmeisst Harry hinaus". Mit Harry war der Parteisekretär Harry Pollit gemeint, die Inkarnation des langjährigen, nie sich verändernden Parteibürokraten, der Walter Ulbricht Englands. Aber die Opposition zur Parteimaschine war im Rathaussaal stimmenmässig nur schwach vertreten. Dafür hatte der Apparat gesorgt. Trotzdem aber kam es zu Tumultszenen. Auch dafür sorgte der Apparat, der die zahlenmässig schwache Opposition mundtot zu machen suchte.

Die rund 500 Delegierten vertraten 27 000 Mitglieder der Kommunistischen Partei Englands. Darauf ist die "Vertretung der arbeitenden Klasse", wie sich die KPE stolz bezeichnet, zusammengeschnitten. Innerhalb der letzten 12 Monate verlor sie mehr als 7 000 Mitglieder; also rund ein Fünftel ihres Bestandes. Die Flucht aus der Partei hatte nach den Ereignissen in Ungarn eingesetzt. Der "Daily Worker" erlebte die schwerste Krise seiner Existenz. Zwölf Mitglieder des Redaktionsstabes resignierten.

Trotzdem erlaubte sich der Vorstand, diese Tatsachen mit den Worten abzutun: "Eine Handvoll von Intellektuellen haben uns verlassen". Ein Dozent der englischen Geschichte an der Universität Oxford, Christopher Hill, bemerkte sarkastisch: "Wenn uns noch vier Hände voll verlassen, dann bleibt niemand in der Partei übrig".

Die Haltung der KPE zu Russland und zu den Ereignissen in Osteuropa kam von den verschiedensten Diskussionsrednern unter heftiges Feuer. Professor Hyman Levy, einer der prominentesten Intellektuellen der Partei, gab der Kritik den beredesten Ausdruck. "Wir leben in einem Wolkenkuckucksheim" erklärte er. Die englische Arbeiterklasse habe niemals die Kommunisten als ihre Partei empfunden. Wenn die Partei ein Fünftel ihres Bestandes verliere, so erkläre die Parteiführung das als eine Folge des Revisionismus. In Wirklichkeit aber bedeute es die Liquidierung der Partei durch die Haltung der Führung. "In Russland mästet sich ein Gangstertum auf einer an sich gesunden sozialistischen Basis. Dieses Gangstertum ist seit Jahren gewachsen und gediehen und bildet einen Teil der Geschichte des Sozialismus", betonte er. Dann wandte er sich an den Vorstandstisch und rief Harry Pollit zu: "Ich bin in Russland gewesen und habe es mit meinen eigenen Augen gesehen. Wie oft hat Harry Pollit die Klagen über das sowjetische Gangstertum sich anhören müssen? Wie oft hat er den Kritikern das Maul verboten?"

Es waren aber nicht die Intellektuellen allein, die gegen die Parteiunterwürfigkeit protestierten. Der durch den Streik bei Briggs

in der ganzen Welt bekanntgewordene Werksvertrauensmann, John MacLoughlin störte bei verschiedenen Anlässen die geplante Harmonie des Parteitages. Man solle den Kopf nicht in den Sand stecken, meinte er, und die Ereignisse in Ungarn ignorieren. Das Beste wäre es, wenn man "die ganze Blase" - den Parteivorstand - hinauswerfe.

Aber die alte Exekutive blieb unerschüttelt. Es war typisch für ihre Haltung, dass die Liste der Kandidaten für die neue Exekutive, die von der Parteileitung vorgelegt wurde, auch nicht einen Namen eines Kritikers enthielt. Sogar Brian Behan, ein bisheriges Mitglied des Vorstandes, wurde nicht wieder aufgestellt, weil er verschiedentlich mit genörgelt hatte. Die 42 offiziellen Kandidaten wurden denn auch mit mehr als 420 Stimmen gegen 27 Gegenstimmen gewählt. Harry Pollit bleibt Parteivorsitzender, John Gollan bleibt Parteisekretär.

Wie wenig die KPE sich mit der Stimmung im Lager der englischen Arbeiterklasse im Einklang befindet, lässt sich aus zwei Beschlüssen des Parteitages ersehen. Eine von der Exekutive vorgelegte Resolution empfiehlt die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht in England. Zwar soll ihre Dauer auf 12 Monate beschränkt werden. Während Gewerkschaften, Labour-Party und die überwiegende Stimmung im Lande auf schnellste Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht drängt, wollen die Kommunisten sie beibehalten, selbst jetzt noch, wo sogar die Regierung ihre Abschaffung innerhalb der nächsten Jahre in Aussicht stellt. Und das alles im Namen der alten kommunistischen Doktrin, dass durch allgemeine Wehrpflicht das Volk Waffen in die Hand bekomme und sich für den revolutionären Aufstand schulen könne.

Weltfremd und unterwürfig zugleich mutet die Haltung der KPE zur Wasserstoffbombe und den Versuchsexplosionen an. Nur um kein Stirnrunzeln in Moskau hervorzurufen, verwarf der Parteitag den eingebrachten Vorschlag, die Sowjets zur Einstellung der Versuche aufzufordern. Die Sowjetunion braucht anscheinlich nach Ansicht der KPE der Welt kein Beispiel zu geben, indem sie in diesen für die Existenz der Menschheit entscheidenden Fragen die moralische Führung übernimmt.

So zeigte der 25. Parteitag der englischen Kommunisten alle Schwächen des internationalen Kommunismus. Die KPE wird im politischen Leben Englands eine noch weniger bedeutende Rolle als bisher spielen können. Allerdings kann sie und will sie bei Arbeitskonflikten weiter provozieren und Unfug anrichten. Dazu braucht sie keine Massenpartei zu sein und Vertrauen zu erwecken. Eine gutorganisierte Sekte, wie sie die KPE heute schon ist, genügt dazu.

Nach dem Rücktritt Matteottis

H.St., Rom

Gaitskells Reise nach Rom ist ohne Erfolg geblieben. Es gelang ihm nicht, die seit einigen Wochen verhärteten Fronten zwischen den Vorständender sozialistischen Parteien aufzuweichen. Seit dem unglücklichen Ausgang des venezianischen Parteitages der Kennianer (PSI), der Nenni ein Parteidirektorium mit starken kommunistischen Einfluss zur Seite stellte, blieb als einzige Aussicht für den Fortgang der Vereinigungsverhandlungen nur die quälende und qualvolle Schsehtour zwischen Nennis Immobilismus und Saragats Auffassungen über die Stärkung der italienischen Demokratie. Seit dem Rücktritt Matteottis, des sozialdemokratischen Parteisekretärs und Vertreters einer Vereinigung auch um den Preis eines Auszugs der Sozialdemokraten aus der Regierung, scheint es, als ob für absehbare Zeit die Entwicklung in eine Sackgasse geraten ist.

Wie bei den Sozialdemokraten hat auch bei den Kennianern die Haltung zu Fragen der aktuellen Politik die tragische Hauptschuld an der Entwicklung. Die Hoffnung, dass Nennis Loslösung von den Kommunisten auch hier spürbar würde, hat zweifellos getrogen. In einer Reihe von Gemeinden, in denen nach der Wiederholung der Gemeindevahlen die Kennianer die Rolle des Züngleins an der Waage spielten, gab es ein Zusammengehen mit den Kommunisten. Und vor allem die Diskussion über die Haltung der Partei gegenüber der unter kommunistischen Einfluss stehenden CGIL (Gewerkschaft) hat gezeigt, dass die Kräfte innerhalb der Partei Nenni an einem - wenn auch nicht mehr fixierten - Bündnis mit den Kommunisten festhalten möchten - noch überstark sind. Kein Wunder, wenn sich im Kreise um Saragat alles auf die Forderung zuspitzt, dass Nenni Bruch mit den Kommunisten sich gegenüber den kommunistischen Satellitenorganisationen auswirken müsse. Hier aber besteht wenig Aussicht, dass sich Nenni, selbst wenn er wollte, in dieser Richtung durchsetzen könnte.

Gaitskells Vermittlungsversuch scheiterte, weil er zu spät

erfolgte. Der Rücktritt Matteottis, einige Tage vorher, hatte bereits eine Entscheidung gebracht. Die Erklärung seines Nachfolgers Tanassi, eines Mannes der etwa in der Mitte zwischen Saragat und Matteotti steht, "die Wiedervereinigung könne innerhalb von Stunden vollzogen werden, wenn Nenni sich auf den Boden der Erklärung der Sozialistischen Internationale stelle", half nicht mehr weiter.

Matteottis demonstrativer Rücktritt hatte vorher nicht bedachte Wirkungen. Die Absage Nennis zu einer neuen Aussprache mit Saragat zeigte, dass Matteotti damit den Vereinigungsgegnern, weil kommunistenfreundlichen Kräften in Nennis Partei die Möglichkeit gab, die Aussichten auf die Vereinigung als gescheitert zu bezeichnen und damit selbst Nennis Stellung schwächte. Was im Hinblick auf den für den 26. Juni einberufenen ausserordentlichen Parteitag der italienischen Sozialdemokraten war, von dem sich Matteotti eine Förderung in der Vereinigung erhofft, zeitigte zunächst nemmende Folgen, umso mehr als er zugleich Gaitskellis Wirkungsmöglichkeiten verringerte.

Innerhalb der PSDI haben allerdings eine Reihe von Provinzialverbänden zu verstehen gegeben, dass sie Matteottis Haltung billigen und seine Verstellungen auf dem kommenden Parteitag unterstützen werden. Trotzdem scheinen die Möglichkeiten, durch diesen Parteitag die Vereinigungsgespräche wieder in Fluss zu bringen, nur sehr gering. Was die Befürworter einer Vereinigung also brauchen werden, ist: viel Geld.

Bedauerlich bleibt dabei, dass die Krise der kommunistischen Partei, die sich vor allem in einem Kräfteschwund der kommunistischen Gewerkschaften auswirkt, ungenutzt bleiben muss. Ein Grund mehr zu hoffen, dass der Parteitag im Juni hilft, Brücken zu schlagen.

* * *

Vorsicht! Kultur!

Bö. - Adenauer hat am Donnerstag in Wiesbaden vor dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft "gefordert", die Wissenschaft müsse stärkere Beachtung finden. Diese "Forderung" ist eines der vielen typischen Beispiele für die konstruktive Rolle, die die sozialdemokratische Opposition in der Bundesrepublik spielt. Die von der SPD betriebene "Mobilisierung des Geistes", ihre diesem Thema gewidmeten Veranstaltungen und ihr Münchner Parteitag fanden nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, den Wissenschaftlern und Studenten, sondern in der gesamten Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo. Die Diskussion darüber kam nicht mehr zum Stillstand.

Wenn der Bundeskanzler mit der ihm eigenen Unverfrorenheit jetzt so tut, als habe sich bisher niemand um diese Dinge gekümmert, so sei er daran erinnert, dass die SPD sorgfältig ausgearbeitete Vorschläge zur Förderung von Schule, Wissenschaft und Forschung gemacht hat. Wenn der CDU-Vorsitzende jetzt "fordert", so sei er daran erinnert, dass die Bundestagsfraktion seiner Partei im Februar dieses Jahres bewusst und planmässig den kulturpolitischen Ausschuss des Bundestages aufplatzen liess, als die Förderungsanträge der SPD behandelt werden sollten. Die CDU hatte zu dieser Sitzung nur ein einziges Mitglied ihrer (rund 250 Abgeordneten starken) Fraktion entsandt, sodass der Ausschuss nicht tagen konnte. Wenn Adenauer jetzt, von den Sozialdemokraten, den Wissenschaftlern und Studierenden und der öffentlichen Meinung in die Ecke gedrängt, für die Zukunft eine "stärkere Beachtung der Kulturpolitik" verspricht, so sei er darauf aufmerksam gemacht, dass seine Fraktion im März dieses Jahres im Haushaltsausschuss des Bundestages die SPD-Anträge, zur Förderung der Wissenschaft 755 Millionen DM und für die Studentenförderung 110 Millionen DM zu bewilligen, ablehnte und stattdessen Anträge annahm, die für die Wissenschaft nicht einmal den zehnten Teil, nämlich 72 Millionen DM, und für die Studierenden nicht einmal ein Drittel, und zwar 33 Millionen DM, vorsahen. Vor Wissenschaftlern zu "fordern", ist eine Sache, aber dort, wo die Gelegenheit dazu vorhanden ist, zu bewilligen, das ist eine andere Sache - so, wie herrschen und regieren nicht dasselbe ist.

Aber auch in Wiesbaden hat sich der Bundeskanzler auf Allgemeinplätze beschränkt. Er schwieg zu den konkreten Forderungen, die der

Präsident des Stifter-Verbandes erhob. Diese Forderungen nach einer Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, einem Wissenschaftsrat und nach der Einführung des 9. und möglichst bald des 10. Schuljahres, decken sich grösstenteils mit denen der SPD. Statt hierzu etwas zu sagen, sprach Adenauer von seinem Besuch in Iran. (!) Bei dieser Gelegenheit - ex oriente lux - sei es ihm klargeworden, "dass wir noch nicht genügend tun, und in unseren Bemühungen anderer Ländern gegenüber zurückstehen, denen es wirtschaftlich nicht so gut geht, wie uns". Diese Erleuchtung kommt ein bisschen spät. Als schallende Ohrfeige muss sie von einem Kabinettskollegen des Kanzlers empfunden werden, nämlich vom Bundesinnenminister Schröder, der nach dem Düsseldorfer SPD-Kongress zur Mobilisierung des Geistes arrogant erklärt hatte, im Ausland täte man weniger als bei uns.

CDU-Bundesinnenminister Schröder hatte die Forderungen nach besserer Unterstützung von Forschung, Wissenschaft und Studium "auf ein gesundes Mass zurückschrauben" wollen. Wie ihm daraufhin von verschiedenen Seiten auf die eingeschlafenen Füsse getreten wurde, darüber unterrichtet eine Borschüre, die der SPD-Parteivorstand seeben veröffentlichte. Unter dem Titel "Vorsicht! Kultur!" beschäftigt sie sich mit dem Zahlenspiel des Dr. Gerhard Schröder - treffend gewählt und sehr aktuell in einem Augenblick, in dem der Vorsitzende der ewig nachhinkenden CDU-Partei in Wiesbaden den Wissenschaftlern erklärte, auf dem Gebiete konkreter Zahlen dürfe er sich zuständigkeitshalber nur mit der grössten Vorsicht bewegen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel